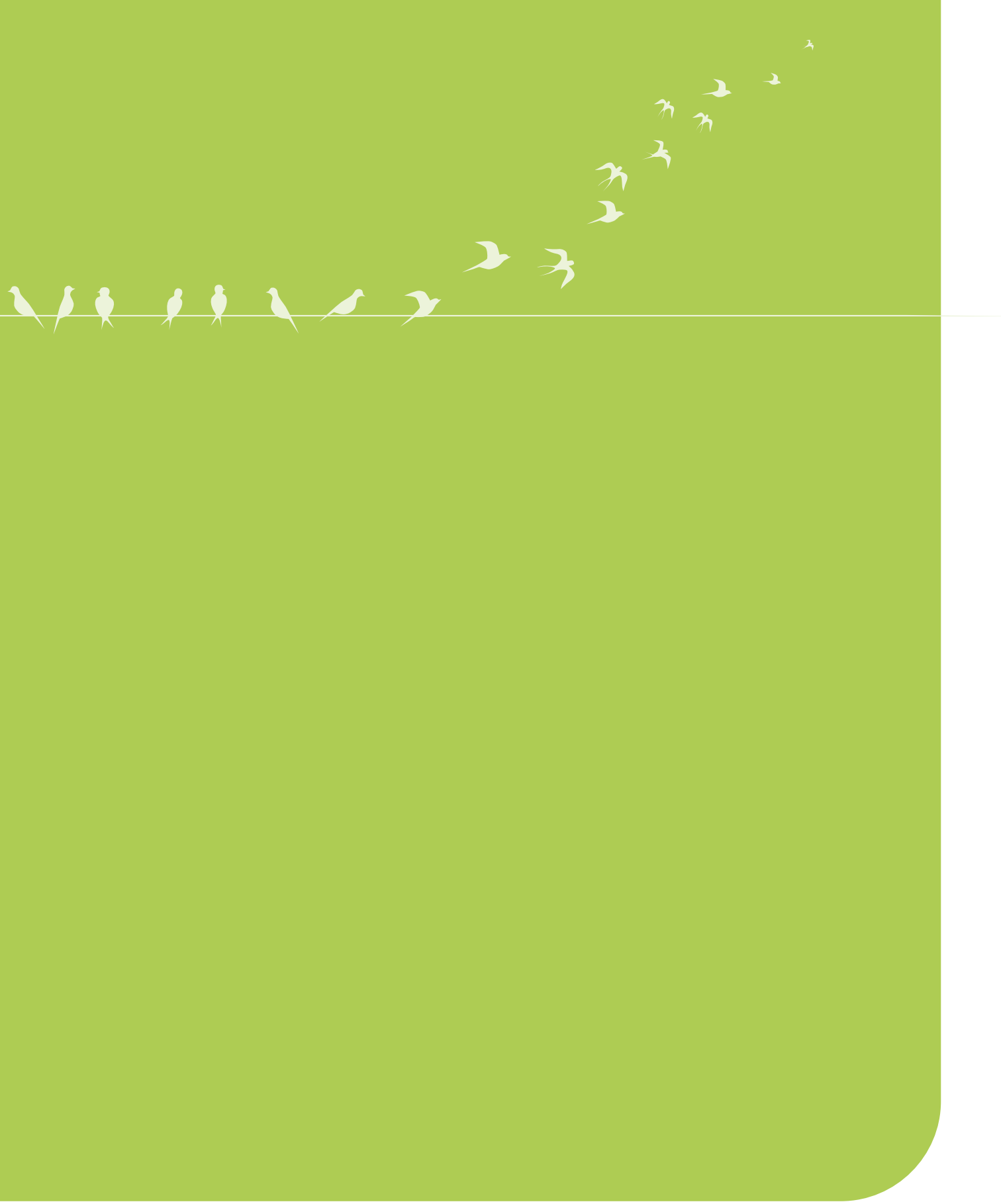


ZWISCHEN NORMALITÄT UND KAMPF UM DIE DEUTUNGSHOHEIT. POLITISCHE JUGENDBILDUNG IN DER MIGRATIONSGESELLSCHAFT



Migration gehört von Beginn an zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: Schon ein Großteil der zwölf bis 14 Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Siedlungsgebieten im Osten fand nach 1945 eine neue Heimat in den Westzonen. Es folgten allein bis zum Mauerbau 1961 über zwei Millionen Bürger*innen aus der DDR. In den Jahren des deutschen Wirtschaftswunders wurden Gastarbeiter*innen vornehmlich aus Südeuropa, zum Beispiel aus der Türkei und aus Griechenland, angeworben. Während die überwiegende Mehrheit in ihre Herkunftsländer zurückkehrte, blieben auch viele und holten ihre Familien nach. Die Reihe lässt sich in die 1990er Jahre fortsetzen mit Spätaussiedler*innen und jüdischen Zuwander*innen im Zuge des Zerfalls der Sowjetunion und hunderttausenden Menschen, die vor Krieg und Völkermord im ehemaligen Jugoslawien Schutz suchten und fanden.¹ In dieser Perspektive sind die mehr als eine Million Menschen, die seit 2015 aus Syrien, Irak und anderen Staaten nach Deutschland kamen, immer noch eine große Zahl und Herausforderung; doch zeigt der Blick auf die Geschichte auch die enorme Integrationsfähigkeit des Landes. Und die Fakten sprechen dafür, dass die Voraussetzungen für die politische Kernbotschaft dieses Jahres – „Wir schaffen das!“ – selten in der Geschichte so günstig waren: Das Deutschland des Jahres 2015 befand sich auf dem Höhepunkt seiner wirtschaftlichen Stärke mit einer niedrigen Arbeitslosigkeit, einer stabilen Demokratie und nicht zuletzt zumindest aus westdeutscher Perspektive einer jahrzehntelangen, nicht konfliktfreien, aber überwiegend positiven Alltagserfahrung des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft.

Und doch erleben wir seitdem eine scharfe innenpolitische Polarisierung um das Thema Migration und Flucht. Wie seit den 1990er Jahren nicht mehr sind offene Gewalt gegen Geflüchtete, Migrant*innen und alle, die in den Augen der extremen Rechten nicht deutsch scheinen, zum traurigen Alltag geworden. Obwohl die Zahl der Geflüchteten und Asylbewerber*innen nicht zuletzt durch eine Vielzahl an restriktiven Maßnahmen zur Sicherung der Grenzen sich mittlerweile auf einem niedrigen Niveau stabilisiert hat, dominieren Diskussionen über Migration, Integration und Zugehörigkeit die politische Auseinandersetzung. Es erstaunt nicht, dass in dieser Situation auch der Begriff der Heimat eine Renaissance erlebt, sind doch in ihm „mit einem Mal die drängendsten Probleme unserer Tage kurzgeschlossen: Herkunft, Bleiberecht, Wanderung und vor allem das Streben nach Zugehörigkeit, Schutz und Sicherheit. Im Begriff Heimat verstecken sich Theorien zu Inklusion, Integration und Assimilation und neuerdings wieder der politische Anspruch auf «echtes» Volkstum, «wahre» Kultur, ethnische Homogenität und kollektive Identität.“² Ob sich der Begriff von seinem völkischen und national-chauvinistischen Erbe reinigen lässt, um letztlich, inklusiv und vielfältig gedacht, zu einem neuen Bezugspunkt des Zusammenlebens und der Verantwortungsübernahme einer von Diversität geprägten Gesellschaft zu werden, ist Gegenstand heftiger Debatten.³



Jenseits des Streits, ob es sinnvoll ist, den Begriff der Heimat zu verwenden, lässt sich auch die Position vertreten, dass die aktuellen Debatten des Jahres 2018 eine neue Offenheit und Komplexität der Diskussion über Themen der Migrationsgesellschaft beinhalten. Das Thema kann nicht, wie es über Jahrzehnte der Fall war, als randständig abgetan werden. Es gibt vielfältige gesellschaftliche und politische Räume, um über den Umgang mit Migration und die Voraussetzung für gelingende Integration zu streiten. Auch prägen Deutsche mit Migrationshintergrund die Debatte aktiver selbst mit. In der Diskussion um den Rücktritt von Mesut Özil hieß dies zum Beispiel – um nur zwei Aspekte dieser komplexen Debatte zu benennen: Es schließt sich nicht aus, sondern gehört zusammen, beide Seiten zu kritisieren: die Leitung und Mannschaft des DFB, weil diese Özil nicht ausreichend vor islamfeindlicher und rassistischer Hetze in Schutz genommen haben, und zugleich auch die fehlende Verantwortungsübernahme des Nationalspielers für sein Foto mit dem autokratischen Präsidenten Erdogan im Vorfeld der türkischen Präsidentschaftswahlen. Dass durch die von Ali Can initiierte Twitter-Debatte unter dem Hashtag #MeTwo vielfältige Erfahrungen von Alltagsrassismus in Deutschland sichtbar geworden sind, bringt nach dem diskursiven Versagen der beiden Streitparteien im Fall von Mesut Özil eine neue Qualität in die Debatte. In diesem Sinne betont der Soziologe Aladin El-Mafaalani Streitkultur als die beste Leitkultur: „Wenn Integration gelingt, wird die Gesellschaft nicht homogener, nicht harmonischer, nicht konfliktfreier. Im Gegenteil. Immer mehr und immer unterschiedlichere Menschen sitzen am Tisch und wollen ein Stück vom Kuchen. Wieso sollte es ausgerechnet jetzt harmonisch werden? Die Konflikte entstehen, weil die Gesellschaft zusammenwächst, weil viel mehr Menschen als früher ihre Bedürfnisse äußern, mitdiskutieren, mitstreiten.“⁴

Der Kampf um die Deutungshoheit

Die (Be-)Setzung eines Themas geht mit Deutungshoheit einher. Auch dies ist nichts Ungewöhnliches, sondern der Normalfall in politischen Auseinandersetzungen. Im Bereich des Themenfelds, das gemeinhin mit Migration und Integration umrissen wird, hat der Kampf um die Deutungshoheit jedoch zu einem krassen Auseinanderdriften der Problembeschreibung und der Wahrnehmungen in der Bevölkerung und in der politischen Landschaft geführt. Für politische Bildung ist diese Entwicklung eine große Herausforderung: Es gilt, trotz hitziger gesellschaftlicher Debatten einen nüchternen Blick für den Kern oder besser die Kernaspekte gesellschaftspolitischer Herausforderungen und Transformationsprozesse zu behalten und daran mit Bildungsangeboten anzuknüpfen. Ausgangspunkt sind die realen Fragen von Jugendlichen über das Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft und nicht das Thema, das aktuell am lautesten in Talkshows diskutiert wird. Zugleich wäre es falsch, politische Debatten ignorieren zu wollen. Der hysterischen Islamfeindlichkeit der extremen Rechten beispielsweise dürfen sich Bildungsakteur*innen nicht entziehen, indem sie religiöse Themen aus Angst vor Stigmatisierung vermeiden. Zugleich muss es jedoch darum gehen, Themen aufgrund realer Herausforderungen zu setzen und sie sich nicht durch eine politische Strategie der Angst, der Falschmeldungen und der Skandalisierung diktieren zu lassen.

In dieser Gemengelage gilt es in der Fachdebatte, eigene Gesellschaftsanalysen, Professionalitätsstandards und Ansätze für die Praxis fortlaufend weiterzuentwickeln.

Politische Bildung in der Migrationsgesellschaft lässt sich dabei als Chiffre für eine Vielzahl von verbundenen, aber nicht deckungsgleichen Herausforderungen und Teilbereichen der politischen Bildung lesen. Die Interpretationen, die uns dabei aus dem politischen Raum in Form von medialen Debatten oder auch konkreten Förderprogrammen vorgegeben werden, sind dabei immer auch Teil von politischen Strategien und somit selbst kritisch zu reflektieren, will die politische Bildung ihren eigenen Zielen gerecht werden. Mögliche Problembeschreibungen erzeugen Spannungsfelder zwischen politischen oder gesellschaftlichen Erwartungen und dem Selbstverständnis politischer Bildung. Wird politische Bildung im Sinne von Prävention als Arbeit mit vermeintlichen „Risikogruppen“ angefragt oder soll sie sich immer an alle Mitglieder der Gesellschaft richten? Zielt politische Bildung primär auf die Verhinderung eines unerwünschten Verhaltens oder setzt sie vorrangig an den Stärken und Fähigkeiten der Jugendlichen an und will diese fördern? Verbinden wir mit der Wirkung von politischer Bildung, dass geflüchtete Jugendliche möglichst rasch in das bestehende System sozialisiert werden, oder stellen wir den Anspruch ihrer demokratischen Teilhabe in den Vordergrund, was auch bedeutet, dass sich die Ausgestaltung unserer Demokratie unter diesem neuen Einfluss verändern kann?

Die eingenommene Perspektive auf diese grundlegenden Fragestellungen hat erhebliche Auswirkungen darauf, wie Angebote politischer Bildung im Einzelnen strukturiert und wahrgenommen werden. Es wäre naiv zu glauben, dass Jugendliche nicht spüren und verstehen, welche Zuschreibungen mit Präventionsprogrammen einhergehen, in denen zwar von „religiös begründetem Extremismus“ die Rede ist, aber doch eigentlich Islamismus gemeint ist.

Deutsch-türkischen Jugendlichen der dritten Generation ist es bewusst, dass ihnen wegen ihrer Sympathie für Erdogan schnell die Aberkennung der Zugehörigkeit zu Deutschland durch einige Akteure in Politik und Medien droht, wohingegen die gleichen Akteure mit Blick auf Mehrheitsdeutsche wie im Fall von PEGIDA oder selbst im Zuge der gewalttätigen Aufmärsche der extremen Rechten in Chemnitz fordern, dass um die „besorgten Bürger“ gekämpft und diese zurückgewonnen werden müssten.

Streiten, aber demokratisch

Wenn man der Lesart folgt, dass mit der Diversität in einer Gesellschaft mögliche Konflikte und damit die Notwendigkeit von Aushandlungsprozessen eher zu- als abnimmt, dann müssen Angebote der politischen Bildung dafür einen Raum geben. Gesellschaftliche Kontroversen sind in dieser Hinsicht ein Ausgangspunkt für problemorientierte Herangehensweisen. Der potentielle Beitrag der politischen Bildung besteht jedoch darin, dass es in ihren Angeboten möglich ist, einen Rahmen zu schaffen, in dem diese Aushandlungsprozesse produktiver und wertschätzender verlaufen können, so dass Diversität zur Ressource wird. Die Kernfrage lautete dabei grundsätzlich: „Wie wollen wir zusammenleben?“ Die Prämisse ist, dass Demokratie nicht die bloße Herrschaft einer gefühlten oder realen Mehrheit ist, sondern auf den Menschenrechten und der Anerkennung des gleichen Rechts aller Menschen auf Freiheit und Würde basiert, also normativ an das Grundgesetz und die Menschenrechte gebunden ist. Das „Wir“ einer so verstandenen Bildungsarbeit ist damit notwendigerweise inklusiv und nicht vereinbar mit politischen Deutungen, bei denen Individuen oder Gruppen von Menschen ihre Rechte abgesprochen werden. Politische Strategien von Parteien und außerparlamentarischen Gruppen, die Ausgrenzung und Etabliertenvorrechte propagieren, müssen somit zu einem zentralen Thema politischer Bildung werden.

Zusammenleben ist immer konkret

Für die Praxis heißt dies: Zusammenleben ist zunächst immer konkret und kann von den Teilnehmenden auch nur konkret erlebt und besprochen werden. So ist zum Beispiel für junge Menschen die politisch aufgeladene Frage, ob „der Islam“ zu Deutschland gehört, wenig alltagsrelevant und für das Gespräch zwischen ihnen destruktiv. Die Rolle von Religion oder religiösen Regeln im eigenen Alltag bzw. die Frage, ob diese von der Gesellschaft anerkannt und respektiert werden, kann jedoch eine Relevanz für Jugendliche haben und zu spannenden Gesprächen führen. Darin liegt das Potential, bisherige Wahrnehmungen zu hinterfragen und medial geprägte Bilder durch das persönliche Gespräch verändern zu können. Gesellschaftliche Konflikte lassen sich aushandeln und Jugendliche können in ihrer Ambiguitätstoleranz dann gestärkt werden, wenn sie im persönlichen Kontakt oder zumindest an einem relevanten Beispiel aus ihrem Lebensalltag konkret werden. Für viele Lernerfahrungen dieser Art ist allerdings die Voraussetzung, dass Diversität in Gruppen vorhanden ist. Dies ist gerade dort, wo sie besonders nötig wäre, nicht der Fall. So ist beispielsweise die Ablehnung von Migrant*innen gerade in Landkreisen hoch, in denen der reale Bevölkerungsanteil an Menschen mit Migrationshintergrund besonders niedrig ist.⁵ In dieser Situation kann es besonders sinnvoll sein, aktiv Möglichkeiten der Begegnung herzustellen.

Migration ist nicht das (einzige) Thema

Um darüber hinaus eine produktive Auseinandersetzung auch mit umstrittenen Fragestellungen des Zusammenlebens in der Migrationsgesellschaft zu ermöglichen, muss politische Bildung Wissen vermitteln, verschiedene Positionen sichtbar machen und lösungsorientierte Sichtweisen auf die Themen Zuwanderung und Integration ins Gespräch bringen. Ein solches Vorgehen stärkt die Kritikfähigkeit gegenüber dem Versprechen einfacher Lösungen und die Wahrnehmung von Migration in all ihren Facetten und im Kontext globaler Entwicklungen. Darüber hinaus gilt es jedoch, die gesellschaftspolitischen Fragen, die eigentlich weitgehend unabhängig von Migration sind, aber häufig mit ihr in Bezug gesetzt werden, vorrangig zu bearbeiten. Damit rücken Fragen von gesellschaftlichem Zusammenhalt, wirtschaftlicher und sozialer Teilhabe oder potentiell beunruhigende Entwicklungen wie die Folgen der Digitalisierung, Globalisierung und des Klimawandels in den Blick. Auf diese Weise geht es auch auf der Ebene von Gesellschaft und Politik wieder um die Frage nach den alltagsrelevanten Herausforderungen und der Gestaltung des Zusammenlebens anhand von konkreten Themen und den Anliegen der Teilnehmenden.



Eigene Erzählungen statt Identitätspolitik

Politische Bildung ist angesichts polarisierender Identitätspolitischer Debatten mit einem Dilemma konfrontiert. Bekommt ein Thema wie Zuwanderung oder Integration medial wie politisch überproportional viel Aufmerksamkeit, müssen politische Bildner*innen entscheiden, ob sie es aufgreifen wollen. Dagegen spricht die Befürchtung, damit denjenigen zuzuarbeiten, die Migration per se problematisch sehen, und die Angst vor dem vermeintlich Fremden und dem Verlust kultureller Identität zu schüren. Es wäre jedoch gefährlich, dieser Strategie nicht offensiv zu begegnen.

Ein wichtiges Argument, sich diesem Thema nicht zu entziehen, liegt darin, dass die mediale Debatte nicht folgenlos für die Wahrnehmung von Jugendlichen bleibt, deren Zugehörigkeit damit in Frage gestellt wird: Während Menschen mit Migrationshintergrund in der Vergangenheit von der Mehrheitsgesellschaft zum Beispiel vor allem als „Ausländer“ wahrgenommen wurden und religiöse Kategorien so gut wie keine Rolle spielten, so wandelte sich der dominante Diskurs immer mehr zum defizitär behafteten Begriff des „Muslim“. ⁶ Diese Zuschreibung hat Konsequenzen für junge Musliminnen und Muslime in Deutschland unabhängig von ihrer tatsächlichen Religiosität oder der Tatsache, dass sie in Deutschland geboren und aufgewachsen sind. Verschärft werden diese Konsequenzen durch eine Islamdebatte, die direkt und indirekt von einer Unvereinbarkeit von Islam und Demokratie, Freiheit oder Aufklärung ausgeht. ⁷ Diskriminierende Diskurse können bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund Abgrenzungstendenzen und starke gemeinsame Gefühle nach dem Credo „Ja, wir sind anders und gehören nicht zu euch“ auslösen. ⁸

Die Antwort der politischen Bildung darauf muss ein Umgang mit Identität sein, der einerseits Fremdzuschreibungen und die dahinter liegenden Strategien offenlegt und andererseits Möglichkeiten gibt, sich über vielfältige Identitätsbezüge und damit verbunden auch neue Vorstellungen von Deutsch-Sein auszutauschen.

Mut zur Öffnung und eigenen Weiterentwicklung

Auch die Träger politischer Bildung müssen sich verändern, um diesen Zielen gerecht zu werden. Wenn Vielfalt in Bildungsprozessen als Ressource aufgegriffen werden soll, dann stellt sich zum Beispiel konkret die Frage, wer solche Prozesse gestaltet und welche Perspektiven in einer Gruppe vertreten sind. Die Evangelische Trägergruppe setzt daher besonders im Rahmen ihrer aktuellen Netzwerkprojekte Akzente, um sich zu öffnen und die Einbeziehung vielfältiger Perspektiven zu gewährleisten. Nur zwei Beispiele: So ist im Netzwerkprojekt „Empowered by Democracy“ ein Kernziel die Qualifizierung von jungen Geflüchteten zu Teamer*innen der politischen Bildung, um zukünftig nicht nur ihre Perspektive als Teilnehmende aufzunehmen, sondern sie auch bei der Konzeption und Leitung von Bildungsangeboten einzubeziehen. Im Projekt „Alles Glaubenssache“ suchen wir gezielt Kooperationen mit konfessionellen und nicht-konfessionellen Partnern und Teamer*innen, um aus dieser Perspektive heraus Bildungsangebote zum Zusammenleben der Religionen zu entwickeln.



1. Vgl. Käppner, Joachim (2018): Wir riefen Arbeitskräfte und es kamen Menschen. Süddeutsche Zeitung vom 5.9.2018. Online verfügbar: <https://www.sueddeutsche.de/politik/sz-serie-schaffen-wir-das-wir-riefen-arbeitskraefte-und-es-kamen-menschen-1.4099902>, Zugriff: 18.9.2018.
2. Schüle, Christian (2017): Heimat. Ein Phantomschmerz. München, S. 15.
3. Vgl. Beitrag von Horst Seehofer „Warum Heimatverlust die Menschen so umtreibt“. FAZ vom 29.4.2018. Online verfügbar: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/innenminister-horst-seehofer-zum-thema-heimat-15565980.html>, Zugriff: 18.9.2018.
4. El-Mafaalani, Aladin (2018): Streitkultur ist die beste Leitkultur. DER SPIEGEL Nr. 31/28.7.2018, S. 104–109.
5. Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2018): Integrationsbarometer. Repräsentative Befragung zum Integrationsklima in Deutschland. Berlin. Online verfügbar: <https://www.svr-migration.de/barometer>, Zugriff: 9.10.2018.
6. Spielhaus, Riem (2014): Ein Muslim ist ein Muslim, ist ein Muslim ... oder? Jugendliche zwischen Zuschreibung und Selbstbild. In: El-Gayar, Wael; Strunk, Katrin (Hrsg.) Integration versus Salafismus. Identitätsfindung muslimischer Jugendlicher in Deutschland. Schwalbach, S. 20–37.
7. Achour, Sabine (2018): Die „gespaltene Gesellschaft“. Herausforderungen und Konsequenzen für die politische Bildung. APuZ 13–14/2018, S. 40–46.
8. Foroutan, Naika (2017) Religiöses Kapital als Element muslimischer Identitätsperformanzen. In: Antes, Peter; Ceylan, Rauf (Hrsg.): Muslime in Deutschland. Historische Bestandsaufnahme, aktuelle Entwicklungen und zukünftige Forschungsfragen. Wiesbaden, S. 265–278.

Ole Jantschek ist Pädagogischer Leiter, Hanna Lorenzen ist Bundestutorin der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung.

Dieser Artikel ist erschienen in: Jantschek, Ole; Lorenzen, Hanna (Hrsg.) (2018): Diversity rules! Politische Jugendbildung in der Migrationsgesellschaft. Jahrbuch 2018. Ev. Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung. Berlin, S. 8–15. www.politische-jugendbildung-et.de

